

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Währungspolitik - UNO - Großbritannien - GATT - Ost-West-Handel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1974) :
Kurz kommentiert: Währungspolitik - UNO - Großbritannien - GATT - Ost-West-Handel,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 1, pp. 7-8

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134629>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Währungspolitik

Lehrreiche Dollarhaussa

Der Dollar ist wieder eine international gesuchte Währung. Sein Höhenflug begann im November 1973. Er beschleunigte sich zunehmend und erreichte zu Beginn des neuen Jahres ein kaum für möglich gehaltenes Niveau. Die Ursachen hierfür werden im allgemeinen auf zwei Faktoren zurückgeführt: die deutliche Aktivierung der amerikanischen Handelsbilanz und die Energiekrise, von der erwartet wird, daß sie die europäischen Volkswirtschaften viel härter trifft als die amerikanische Wirtschaft. Diese Diagnose mag richtig sein, interessanter erscheint jedoch die Frage nach der weiteren Entwicklung des Dollarkurses. Eine auch nur halbwegs zuverlässige Antwort ist aber kaum möglich, denn zu viele nicht-ökonomische Faktoren beeinflussen gegenwärtig die Devisenmärkte. Sicher ist nur, daß auch in Zukunft die Veränderung das einzig Beständige sein wird.

Aus dieser Erkenntnis sowie aus den Erfahrungen mit der jüngsten Dollarhaussa sollten die Währungsbehörden und Regierungen Konsequenzen ziehen und bei der Reform des Weltwährungssystems der Flexibilität der Wechselkurse absolute Priorität einräumen. Ohne die große Elastizität in den Währungsrelationen wäre der Aufschwung des Dollarkurses nicht so reibungslos verkräftet worden. Im Gegenteil, er hätte gewiß erneut eine schwere währungspolitische Krise ausgelöst.

Das Floating bietet einen elastischen Schutz gegen die kurzfristigen internationalen Kapitalbewegungen und verleiht den Währungsbehörden sowohl nach innen als auch nach außen eine wesentlich größere Autonomie. Diese entbindet sie jedoch nicht von der Notwendigkeit zur internationalen Kooperation. Das sollte auch den USA durch den jüngsten Kursanstieg des Dollars bewußt geworden sein. Sie beanspruchten bisher für sich stets eine Sonderrolle, müssen aber nun um eine nachhaltige Sanierung ihrer Handelsbilanz fürchten, wenn es ihnen nicht gelingt, in Abstimmung mit den europäischen Währungsbehörden dem Aufschwung des Dollars die Spitze zu nehmen.

kb

UNO

1974: Weltbevölkerungsjahr

Die UNO hat das Jahr 1974 zum „World Population Year“ erklärt. In diesem Jahr soll der Weltbürger über die Tragweite der insgesamt recht komplexen Weltbevölkerungsprobleme einerseits und über die Hilfsmöglichkeiten des UN-Bevölkerungs-

fonds andererseits informiert werden. Höhepunkt des Bevölkerungsjahres wird die Weltbevölkerungskonferenz vom 19.–30. August in Bukarest sein, zu der rund 3500 Teilnehmer erwartet werden und auf der ein Aktions- und Entwicklungsplan für die Zukunft fertiggestellt werden soll.

Spätestens seit der jüngsten Ölkrise ist allgemein bekannt, daß die der Weltbevölkerung zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht unerschöpflich sind und daß wir uns den Grenzen ihrer Nutzbarkeit nähern. Eine mit jährlich über 2% wachsende Bevölkerung in der Dritten Welt rückt diese Grenzen immer näher und läßt das Problem der ökonomischen Entwicklung in diesen Ländern immer unlösbarer erscheinen.

Die Komplexität und Interdependenz der Probleme und die insgesamt doch recht begrenzten Eingriffsmöglichkeiten lassen jedoch hinsichtlich des Wirkungsgrades der UN-Aktion, die mehr auf Public-Relations-Arbeit abzielt, gewisse Zweifel angebracht erscheinen. Diese Aktion wird nur dann langfristig für die Bevölkerungspolitik von Bedeutung sein, wenn sie über das rein Informative hinausgeht und beispielsweise auf der Konferenz von Bukarest neue Denkanstöße gibt, die die nicht zieladäquaten traditionellen Normen in Frage stellen. Ob es aber einer UNO-Konferenz gelingen wird, z. B. die Vorstellungen des Papstes zur Geburtenregelung oder die Traditionen in vielen Bevölkerungsgruppen in der Dritten Welt zu ändern, ist sehr zu bezweifeln.

iwe

Großbritannien

Drei-Tage-Woche

Was Futurologen kaum bis zur Jahrtausendwende für erreichbar hielten, wurde in Großbritannien bereits am Anfang des Jahres 1974 realisiert – die Drei-Tage-Woche. Allerdings beschränkt sich die Identität von „Vision“ und Wirklichkeit auf die Arbeitszeit. Die Drei-Tage-Woche ist ein Tribut, der dem Energiemangel in Großbritannien zu zollen ist. Dabei ist dieser Energiemangel weniger importiert – das Ölembargo wurde inzwischen ohnehin gelockert – als vielmehr hausgemacht.

In Großbritannien hat nämlich die in den westlichen Industrieländern sehr unterschiedliche „Nutzung“ der künstlichen Ölverknappung eine spezielle lohnpolitische Variante gefunden. Für die Energieversorgung des Landes besonders wichtige Gruppen bemühen sich, ihre durch die Ölkrise gesteigerte Bedeutung in Lohnerhöhungen umzumünzen, die die „Lohnleitlinie“ weit überschreiten. Da diese Forderungen bisher nicht bewilligt wurden, lehnen die Bergarbeiter Über-

stunden ab, verweigern die Energieingenieure Bereitschaftsdienst und verrichten die Lokomotivführer ihren Dienst nach Vorschrift oder streiken. Eine „normale“ Energieversorgung erschien mithin nicht mehr gewährleistet. Deshalb dürfen Handel und Industrie nur an drei Tagen in der Woche Energie verbrauchen.

Wenn jedoch diese Bestimmung nicht rasch aufgehoben werden kann, kommt es zu einer empfindlichen Verminderung des gesamtwirtschaftlichen Angebots bei gleichzeitig kräftig zunehmender Arbeitslosigkeit. Die Haushalte werden von der Kurzarbeit zwar in ihrer Geldbörse relativ wenig merken – der Lohn für die Drei-Tage-Woche, Kurzarbeitsentschädigungen und Steuerersparnisse bescheren ihnen in manchen Fällen sogar ein höheres Nettoeinkommen als bei normaler Arbeitszeit –, wohl aber an der Ladenkasse. Da sich unter den gegebenen Umständen nämlich die Nachfrage in geringerem Maße reduzieren wird als das Angebot, wird sich zugleich der Preisauftrieb erheblich beschleunigen. wt

GATT

Neues Textilabkommen

Nach langen Bemühungen ist es im Rahmen des GATT gelungen, ein neues Textilabkommen abzuschließen, das an die Stelle des Ende letzten Jahres ausgelaufenen Baumwolltextilabkommens tritt. Dem neuen Abkommen, das am 1. Januar mit vier Jahren Laufzeit in Kraft getreten ist, kommt besondere Bedeutung zu, da es zum erstenmal in der Geschichte des GATT nicht nur den Handel mit Baumwolltextilien regelt, sondern auch Textilien aus Wolle und Kunstfasern einbezieht.

Das Abkommen sieht eine Notifizierung und ein sofortiges Einfrieren der bestehenden Importrestriktionen im Textilsektor vor. Darüber hinaus ist ein Abbau dieser Restriktionen vereinbart worden, der am 1. April dieses Jahres beginnen und je nach Art der Beschränkung in ein bis drei Jahren abgeschlossen sein soll. Neue Restriktionen sind nur unter genau definierten Ausnahmeregelungen – insbesondere bei Störungen des Binnenmarktes – zulässig und müssen sofort einem „Textilüberwachungsorgan“ gemeldet werden. Das Überwachungsorgan untersucht die Zulässigkeit der Aufrechterhaltung bzw. Einführung von Restriktionen und gibt Empfehlungen an die betreffenden Regierungen. Streitfälle können jedoch auch vor dem Textilausschuß des GATT bzw. in letzter Instanz vor dem GATT-Rat verhandelt werden, der im Gegensatz zu bloßen Empfehlungen des Überwachungsausschusses Maßnahmen ergreifen kann.

Bei realistischer Betrachtung ist es jedoch fraglich, ob das neue Abkommen zu einer weiteren

Liberalisierung des Welthandels, dessen Nutznießer in diesem Bereich sensibler Produkte die Entwicklungsländer wären, beitragen kann. Angesichts der zunehmenden Befürchtungen einer weltweiten Rezession infolge der Energieversorgungskrise nimmt der Widerstand in den Industrienationen gegen Importliberalisierungen in strukturschwachen Bereichen zu. Es ist daher zu befürchten, daß sich die Wirkung des multilateralen Textilabkommens in der Erteilung von Ausnahme genehmigungen für Importrestriktionen erschöpfen wird. hh

Ost-West-Handel

Kredithilfe auch für Prag?

Mit der Unterzeichnung des deutsch-tschechischen Normalisierungsvertrages am 11. Dezember letzten Jahres fügte die Bundesregierung einen weiteren Baustein in das Gebäude ihrer Ostpolitik. Obwohl konkrete wirtschaftliche Fragen bisher in Gesprächen mit der CSSR kaum eine Rolle gespielt haben, zeichnet sich heute schon deutlich ab, daß wirtschaftliche Wünsche auf der Agenda der tschechischen Führungsspitze weit vorn stehen dürften.

Das Beispiel Warschau und Belgrads wird sich auch der CSSR zur Nachahmung empfehlen. Es scheint nur eine Frage der Zeit, wann sich auch Prag – mit diskretem Hinweis auf die Umsiedlung ausreisewilliger Deutscher in die BRD und unter Berufung auf deutsches Unrecht im zweiten Weltkrieg – mit sehr handfesten ökonomischen Forderungen an die „Bundeskasse“ wenden wird. Die kürzlichen Ausführungen des Ministerpräsidenten Strougals gegenüber westdeutschen Journalisten, „keine Wirtschaft könne ohne Kredite funktionieren“, sind ein untrügliches Indiz für zukünftige Ansprüche.

Diesen Forderungen gilt es von seiten der Bundesregierung rechtzeitig entgegenzutreten. Ost-West-Handelsgeschäfte dürfen nicht nur mit Billigkrediten florieren, deren Zinssubventionen bei weiterer großzügiger Handhabung (Ungarn, Bulgarien?) den Bundeshaushalt spürbar belasten. Auch heute schon ist die BRD – ohne sich bisher im Kreditwettbewerb der westlichen Staaten übermäßig exponiert zu haben – der größte Westhandelspartner der CSSR. Die tschechische Kaufbereitschaft, die durch die ungenügende Entwicklung der CSSR-Warenexporte gebremst wird, ist langfristig vielmehr durch marktgerechte Kreditbedingungen und nicht durch staatlich subventionierte Kredite zu fördern. Nicht zuletzt das Beispiel Frankreichs, dessen Kreditsubventionen an die osteuropäischen Staaten inzwischen beträchtliche Summen erreicht haben, sollte zur Vorsicht mahnen. pl